



Mit Drohnen, Feuer und Klingendraht

Krieg gegen Geflüchtete in Mexiko & USA

Lesung-Veranstaltung-Diskussion mit Kathrin Zeiske
Freie Journalistin & Autorin von „*Ciudad Juárez. Alltag in der gefährlichsten Stadt der Welt*“

17.09.24 | 18.00 –20.00

In der EwB | 5, avenue Marie-Thérèse, L-2132 Luxembourg

US-Präsident Joe Biden hat während seiner Amtszeit keine humanere Grenzpolitik umgesetzt – auch wenn er mit diesem vollmundigen Wahlversprechen an die Macht kam. Der Zugang zum Asylrecht wurde mit der App „CBP One“ komplett digitalisiert und Flucht und Migration sollen schon weit vor der US-Grenze mit Asylanlaufstellen, sog. „Büros für Sichere Mobilität“, gestoppt werden. Auch im einsetzenden US-Wahlkampf versuchte er noch den republikanischen Gegenkandidaten Donald Trump in den Schatten zu stellen und die Möglichkeiten für Asylgesuche an der Grenze nochmals drastisch einzuschränken.

Währenddessen treibt der texanische Gouverneur Greg Abbott eine eigene Abschottungspolitik voran. So in dem extra-föderalen Drohnenüberwachungsprojekt „Centinela“ in Zusammenarbeit mit der Gouverneurin des mexikanischen Bundesstaates Chihuahua, Maru Campos.

Bislang konnte die Einführung von Abbotts Gesetzesinitiative SB4 in Texas von juristischer Seite noch blockiert werden, der zufolge alle Polizeieinheiten Aufenthaltspapiere verlangen und Festnahmen von Papierlosen vornehmen könnten. Schon während der Pandemie stationierte Abbott die texanische Nationalgarde mit der „Operation Lone Star“ an der Grenze. Im Dezember forderte er die US-Regierung heraus, als er der US-Border Patrol in Eagle Pass den Zugang zur Grenze verweigerte. Im großen Stil werden an der Grenze Klingendrahtfelder gegen Geflüchtete ausgelegt.

In Mexiko setzt nun die gewählte Präsidentin Claudia Sheinbaum die Politik ihres Vorgängers Andres Manuel Lopez Obrador (AMLO) fort. Dieser brach in der Pandemie vor Trump ein und führt seitdem 1:1 die Regionalisierung der Abschottungspolitik der USA im Transitland Mexiko durch. In den ersten Monaten diesen Jahres hat Mexiko unter dem Lob der USA doppelt so viele Geflüchtete festgenommen und abgeschoben wie 2023, 25% davon aus Venezuela.

Ex-Präsident AMLO hat die mexikanische Migrationspolitik militarisiert und so auch die Migrationsbehörde INM. 2023 ereignete sich unter diesen Vorzeichen ein Massaker im Abschiebegefängnis von Ciudad Juárez, bei der Beamt*innen des INM bei einem Brand nicht die Zelltüren öffneten. 40 Männer erstickten qualvoll, 27 überlebten schwerverletzt. Das Verbrechen ereignete sich vor dem Hintergrund eines rassistischen Umschwungs in der Grenzmetropole aufgrund der Zuspitzung der Situation an der auch unter Biden geschlossen bleibenden Grenze.

Die mutmaßlichen Schuldigen sitzen im Gefängnis, jedoch ohne Verfahren. INM-Chef Francisco Garduno, ist weiter im Amt und auf freiem Fuß und hat sogar versucht sich aus dem Fall freizukaufen. Mexikanische NGO versuchen den Fall vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof zu tragen. Ihm gehen ein Dutzend Brände in Abschiebegefängnissen in der Pandemie voraus, bei denen Geflüchtete gegen unmenschliche Haftbedingungen protestierten.

Organisiert von der EwB (ErwuesseBildung) und woxx.

